

Frage des Tages

Spart Anton Lauber die Baselbieter Verwaltung kaputt?

BL-Finanzdirektor Anton Lauber treibt den Leistungsabbau in der eigenen Verwaltung rasch voran. Geht er zu weit? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Muss die Stadt wegen Lärm gegen Shift Mode vorgehen?



Anton Lauber schaltet Opposition aus

Bürgerliche Baselbieter Regierung schmuggelt Leistungsabbau am Volk vorbei

Von Joël Hoffmann

Liestal. Der beschlossene Personalabbau auf der Verwaltung des Kantons Baselland sorgt bei den Beamten für Unruhe. Viele Mitarbeitende sind wütend, verunsichert und klagen, dass dort, wo bereits Personal abgebaut wurde, die Arbeit liegen bleibt. Letzteres ist gewollt oder wird in Kauf genommen, um die Sparziele zu erreichen. Die bürgerliche Mehrheit in Regierung und Landrat macht mächtig Dampf. Finanzdirektor Anton Lauber (CVP) geht mit der SVP und FDP im Rücken einen unkonventionellen Weg, den die SP für undemokratisch hält.

Die Ausgangslage ist klar: Baselland steht finanziell schlecht da und muss entweder sparen oder die Steuern erhöhen. Das Volk wollte eine bürgerliche Mehrheit, und die steht nun mal für Sparen. Doch die bisherigen Sparpakete, die 2005 und 2011 vorgestellt wurden, scheiterten weitgehend im Landrat, vor dem Volk oder weil die Sparmassnahmen nicht einseitig vom Kanton getroffen werden konnten. Die Sparziele wurden verfehlt. «Unkonventionelle Wege» werden seither im Landrat immer wieder gefordert. Und einen solchen geht Lauber mit dem Personalabbau. Statt wie bisher öffentlich über konkrete Leistungen zu debattieren und bei einer Leistungskürzung entsprechend Personal abzubauen, dreht der Kanton das Prozedere um.

Den Abteilungen auf der Verwaltung werden Sparvorgaben beim Personal gemacht. Diese müssen sie vollziehen und klagen nun, dass sie nicht mehr imstande seien, dieselben Leistungen zu bieten. Daraus ergibt sich der Abbau beim staatlichen Angebot von alleine. Lauber lehnt sich an «Lehre und Praxis von Unternehmensführung und Projektmanagement empfohlenen Umsetzungsmodellen» an, wie der Regierungsrat sein Vorgehen in einer Interpellationsantwort verkläuselt. Die Folge ist hingegen klar: Wenn die Öffentlichkeit von den Leistungskürzungen erfährt, sind sie bereits erfolgt.

SP geisselt verstecktes Vorgehen

Dieses neue Vorgehen kommt bei der linken Opposition schlecht an: «Es ist kein Geheimnis, dass die Bürgerlichen mit allen Mitteln sparen wollen», sagt SP-Landrat Urs Kaufmann. Lauber habe aber im Zusammenhang mit dem Personalabbau stets gesagt, dass man erst die abzubauenden Leistungen definieren werde, bevor man in den betroffenen Bereichen Arbeitsplätze streicht.

Nun gehen die Bürgerlichen den umgekehrten Weg. «Man spricht nicht über die Leistungen, sondern baut Personal ab, und daraus erst ergibt sich dann eine Mischung zwischen zusätzlichem Leistungsdruck und verstecktem Leistungsabbau. Dadurch werden wir



Der Sparfuchs. Der Wächter über die Baselbieter Kasse, Finanzdirektor Anton Lauber (CVP), geht für seine Sparziele auch unkonventionelle Wege. Foto Nicole Pont

vor vollendete Tatsachen gestellt», sagt Kaufmann. Dieses Vorgehen der Bürgerlichen sei nicht sehr demokratisch. Korrekt wäre eine öffentliche Diskussion über die konkreten Leistungen, die gestrichen oder beibehalten werden sollen. «Zur Demokratie gehört eine

transparente Debatte und kein Abbau im versteckten Rahmen», so Kaufmann weiter. Die SP wird bei der Budgetdebatte dagegen kämpfen und der Bevölkerung aufzeigen, was die Bürgerlichen versteckt durchsetzen wollen. Der SP-Landrat glaubt, dass dieser Trick

keine einmalige Aktion gewesen ist: «Ich befürchte, dass die Bürgerlichen weiterhin mit solchen Tricks versuchen werden, die Verwaltung, die bereits jetzt einer ausgepressten Zitrone gleicht, noch weiter auszupressen.»

Und gepresst wird weiter. Die Regierung muss neue Sparmöglichkeiten erarbeiten, da ein entsprechender Vorstoss von FDP-Landrat Christof Hiltmann überwiesen wurde. Weitere 100 Millionen Franken soll die Verwaltung sparen. Lauber hat damit die Legitimation des Landrats, den Spardruck auf die Verwaltung aufrechtzuerhalten und zu erhöhen, denn momentan liegt man hinter dem Ziel, bis 2020 60 Millionen beim Personal einzusparen – trotz dem Manöver von Sparfuchs Lauber.

«Nochmals 100 Millionen zu sparen geht nicht mehr, ausser man geht an die Leistungen, an denen hohe Beträge hängen. Diese liegen dann aber in der Kompetenz des Landrats, und der Trick der Bürgerlichen greift dabei nicht», sagt Kaufmann. Die SP könnte dann die Rechte mit Referenden bekämpfen.

FDP fordert weitere Massnahmen

FDP-Landrat Christof Hiltmann relativiert: Die Diskussion über einzelne Leistungen werde es spätestens bei der Budgetdebatte geben, einerlei, ob einzelne Leistungen wegen Personalmassnahmen bereits gestrichen wurden oder nicht. «Was ich momentan vermisse, ist die ganzheitliche Sicht, eine Analyse der Angebote und die Lenkung von oben, von der Regierung», sagt Hiltmann. Es brauche zwingend eine Debatte, welche Leistungen der Kanton künftig noch anbieten und wie die Verwaltung künftig aufgestellt sein soll. Doch: «Ich habe ebenfalls den Eindruck, dass die Regierung uns in einigen Bereichen vor vollendete Tatsachen stellen wird. Doch damit ist die Grundsattdiskussion über den reformbedürftigen Kanton nicht vom Tisch», sagt er. Die Regierung solle das eine tun, das andere nicht lassen.

Laubers Trick stört ihn nicht, ihm gehen im Gegenteil die Bemühungen nicht weit genug: Ohne grössere Reformen werde der Kanton das Sparziel von 60 Millionen Franken bei den Personalkosten bis 2020 nicht erreichen. Darum seien weitere Schritte unabdingbar, wie etwa das Abtreten von Kompetenzen an die Gemeinde und das Auslagern von Aufgaben an Dritte.

Für die wütenden Beamten hat Hiltmann indes wenig Verständnis: «Der Job und das Jobprofil sind nicht mehr unveränderbar. Jede Reform mit Stellenabbau bringt Unruhe in die Belegschaft, das kennt die Privatwirtschaft bereits.» SP-Landrat Kaufmann hält dagegen: «Dieses Vorgehen der Bürgerlichen wird auf der Verwaltung für weiteren Frust und zu Abgängen von qualifizierten Mitarbeitern sorgen.»

«Lächerlich»: Juso greift SP an

Jungpartei gegen «Klamauk»

Von Jonas Hoskyn

Basel. «Politposse», «peinlicher Klamauk», «Scheindiskussion». Die Worte, welche die Jungsozialisten gestern wählten, waren hart. Im Fokus: Die Mutterpartei SP und deren jüngste politische Vorstösse. Diesen könne die Juso wenig abgewinnen, sagt Co-Präsidentin Jessica Brandenburger: «Statt über Hundeparks, Buvetten in der Innenstadt oder eine Seilbahn zu diskutieren, sollte für ein Basel mit mehr bezahlbarem Wohnraum, mehr Steuergerechtigkeit und konsumfreien Freiräumen gekämpft werden.»

Damit greift die Jungpartei zwei SP-Parlamentarierinnen frontal an: Salome Hofer hatte letzte Woche den Vorschlag gebracht, die Innenstadt analog dem Rheinufer mit Buvetten zu beleben. Für Diskussionen sorgte in den letzten Tagen aber vor allem der Vorstoss von Tanja Soland, die auf dem Marktplatz oder auf dem Münsterplatz einen Hundepark einrichten will. Diese Idee erntet von der Jungpartei das Verdikt «absolut lächerlich». Sie hoffe, dass es nicht mehr als ein Versuch sei, mehr mediale Präsenz zu erlangen. «So was geht überhaupt nicht», sagt Brandenburger, die von den Vorstössen auch erst aus den Medien erfahren hat. «Die SP soll sich auf die wichtigen Themen konzentrieren.»

«Unsere Kritik ist noch harmlos»

Die harten Worte der Jung- an die Mutterpartei sind aussergewöhnlich. Umso mehr, als dass Juso und SP in drei Monaten bei den Grossratswahlen auf der gleichen Liste antreten – Brandenburger sogar noch im gleichen Wahlkreis wie die von ihr angegriffenen Soland und Hofer. Für die Jungpolitikerin allerdings kein Grund, mit ihrer Kritik hinter dem Berg zu halten: «Die Basler SP kann sich noch glücklich schätzen. In anderen Städten gibt es deutlich grössere interne Differenzen.» In Bern etwa versagten die Jungsozialisten dem SP-Kandidaten Christoph Ammann die Unterstützung. Und in Zürich reichte die Juso Anzeige gegen den SP-Sicherheitsdirektor Mario Fehr ein, nachdem dieser den Kauf einer umstrittenen Überwachungssoftware bewilligt hatte.

Besonders stossend empfindet Brandenburger, dass die Vorstösse lanciert wurden, während gleichzeitig berichtet wurde, dass die Anzahl an Obdachlosen in Basel wächst. «Von der SVP hätte ich nichts anderes erwartet, von der SP aber schon.» Der politische Fokus müsse nun darauf liegen, dass diese Menschen ein Recht auf eine Wohnung haben und die Wohnungsnot allgemein nicht zunimmt. Zudem brauche es mehr Steuergerechtigkeit und wirkliche Freiräume, so die Juso.

Die beiden kritisierten Grossrätinnen Tanja Soland und Salome Hofer waren gestern nicht erreichbar.

Keine Kündigung trotz Vertragsverletzungen

Shift Mode bespielen ihr Areal ohne Bewilligungen und missachten Lärmklagen – Behörde bezieht Stellung

Von Serkan Abrecht

Basel. Obwohl der Spatenstich für die Konzerthallen an der Uferstrasse 40 noch gar nicht stattgefunden hat, werden die Anwohner im Klybeck-Quartier bereits jetzt mit Veranstaltungslärm beschallt. Eine Anwohnerin sammelte nach etlichen, erfolglos verlaufenen Anrufen bei der Polizei Unterschriften bei den Nachbarn und wandte sich mit einem Beschwerdeschreiben und den Unterschriften direkt an den Regierungspräsidenten Guy Morin (die BaZ berichtete).

Der momentane Zwischennutzungsvertrag besteht aus der Trägerschaft Shift Mode, den Immobilien Basel-Stadt (IBS) und der Stadtentwicklung. Letztere untersteht dem Präsidiatdepartement. Würde sich dieses an den eigens aufgesetzten Zwischennutzungsvertrag halten, so hätte

der Kanton dem Verein bereits kündigen oder mindestens eine schriftliche Abmahnung erteilen müssen. In Absatz 2 des Vertrages, welcher der BaZ vorliegt, definiert der Kanton vermehrte Lärmüberschreitungen und Verstösse gegen die Bewilligungen als ausserordentlichen Kündigungsgrund. Beides war mehrere Male der Fall, wie Anwohner gegenüber der BaZ versichern.

Behörden wollen nicht abmahnen

Auf Anfrage beim Amt für Umwelt und Energie (AUE) und im Bau- und Gewerbeinspektorat (BGI) bestätigten beide Behördenstellen, dass es momentan keine Bewilligungen für die musikalische Bespielung des Areals gibt. Lediglich «Hintergrundmusik» sei erlaubt. Polizeisprecher Andreas Knuchel bestätigt ebenfalls, dass es im letzten Jahr mehrere Lärmklagen vonseiten der Anwohner gegen den Verein Shift Mode

gab und die Polizei ausrücken musste. Zudem werde jede rapportierte Lärmklage dem BGI und dem AUE weitergeleitet.

Der Ball liegt nun beim Präsidiatdepartement. Eine Anfrage bezüglich des weiteren Vorgehens an der Uferstrasse 40 wurde über vier Behördenstellen weitergereicht, bis schliesslich Thomas Kessler, Leiter Stadtentwicklung, kurz vor Redaktionsschluss Stellung bezog: Man werde dem Verein Shift Mode weder schriftlich abmahnen noch kündigen. Dafür müssten die allfälligen Lärmmissionen tatsächlich dem Verursacher zugeordnet werden können. Aufgrund des aktuellen Sommerbetriebes und der hohen Besucherzahl am Klybeckquai im Allgemeinen, könnten die Emissionen von überallher kommen. «Die Frage nach einer Kündigung stellt sich erst als letzte Massnahme, falls nachweislich Vereinbarungen ver-

letzt wurden», sagt Kessler. Fragen bezüglich der fehlenden Bewilligungen von Shift Mode wurden von Kessler nicht beantwortet.

Die Initianten von Shift Mode konstatieren, dass die Lärmmissionen auf ihrem Areal nicht von ihnen, sondern von Akteuren und Trittbrettfahrern verursacht werden. «Trotzdem werden diese der Trägerschaft Shift Mode unterstellt.» Dass es zu Lärmmissionen kommen würde, sei eine logische Konsequenz, wenn man ein derart grosses Areal für die Öffentlichkeit zugänglich mache. «Wichtig ist es, die Problemzonen zu erkennen und daraus einen Rahmen zu schaffen, damit Freiraum, Bevölkerung und Anwohner im Einklang leben können», schreiben Shift Mode in einer Stellungnahme. Ebenfalls sei es nie zu Konzerten ab 22 Uhr gekommen. Die BaZ hat geteilte Informationen von Anwohnern.

ANZEIGE

Basler Zeitung

kaufen,
verkaufen:
immo.baz.ch

Das Immobilien-Portal
für Basel und die Region

powered by
homegate.ch